

Schreib mal wieder...



Der Lyriker und Dramatiker Bertolt Brecht
ist weit über die Grenzen Deutschlands durch sein fortschrittliches und dem Frieden dienendes Werk bekannt. In den Jahren der Hitlerherrschaft hat er mit in der Welt das wahre Deutschland vertreten.

Offener Brief an die deutschen Künstler und Schriftsteller

BERTOLT BRECHT
BERLIN-WEISSHOFFEN, BERLINER ALLEEN

Offener Brief an die deutschen Künstler und Schriftsteller

Mit Entsetzen habe ich, wie viele andere, der Rede Otto Grotewohls, in der er eine gesamtdeutsche Beratung zur Vorbereitung allgemeiner freier Wahlen fordert, entnommen, wie ernst die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik die Lage in Deutschland beurteilt.

Werden wir Krieg haben? Die Antwort: Wenn wir zum Krieg rüsten, werden wir Krieg haben. Werden Deutsche auf Deutsche schießen? Die Antwort: Wenn sie nicht miteinander sprechen, werden sie aufeinander schießen.

In einem Land, das lange Zeit seine Geschäfte einheitlich geführt hat, und das plötzlich gewaltsam zerrissen wird, gibt es allerorten und allezeit viele Konflikte, die geschlichtet werden müssen. Dies kann auf viele Weisen geschehen. Wenn es Heere gibt, wird es auf kriegerische Weise geschehen. Spätestens wenn die Gefahr auftrifft, daß solche Heere entstehen, muß unter allen Umständen eine neue Anstrengung gemacht werden, die Wiedervereinigung auf friedlichen Wege herbeizuführen, welche, angesehen von den ungeheuren Vorteilen solcher Einheit, die Konflikte beseitigt. Die Menschen aller Berufe, alle gleich bedrückt, müssen dazu beitragen, die Spannungen zu beseitigen, die entstanden sind. Als Schriftsteller wende ich mich an die deutschen Schriftsteller und Künstler, ihre Volksvertretungen zu ersuchen, in einem frühen Stadium der erhofften Verhandlungen folgende Vorschläge zu besprechen:

1. Völlige Freiheit des Buches, mit einer Einschränkung.
2. Völlige Freiheit des Theaters, mit einer Einschränkung.
3. Völlige Freiheit der bildenden Kunst, mit einer Einschränkung.
4. Völlige Freiheit der Musik, mit einer Einschränkung.
5. Völlige Freiheit des Films, mit einer Einschränkung.

Die Einschränkung: Keine Freiheit für Schriften und Kunstwerke, welche den Krieg verherrlichen oder als unvermeidbar hinstellen und für solche, welche den Volkern Frieden fördern.

Das große Carthago führte drei Kriege. Es war noch mächtig nach dem ersten, noch beschwerlich nach dem zweiten. Es war nicht mehr auffindbar nach dem dritten.

Berlin, 26. September 1935

Bertolt Brecht

Briefe im privaten Bereich sind aus der Mode. In Politik, im Lobbyismus und in der Wirtschaft erfreuen sie sich dagegen großer Beliebtheit, vornehmlich als PR-Instrument, um öffentlich zu protestieren oder sich zu rechtfertigen. **Von Geraldine Friedrich**

„Ich weiß nicht, wie Sie heißen, mein Herr, und auf welche Art Sie in den Besitz meines Hauses gelangt sind. Ich weiß nur, dass vor zwei Jahren die Polizei des Dritten Reiches mein gesamtes bewegliches und unbewegliches Vermögen beschlagnahmt hat. Ich erfuhr das aus einem Schreiben der Hypothekengläubiger, Sie teilten mir erläuternd mit, die Rechtsprechung des Dritten Reiches verstehe...unter Vermögen nur die Aktiva. Trotzdem also mein Haus und meine Banknoten, die die Hypothek um ein Vielfaches überstiegen, konfisziert seien, sei ich verpflichtet, die Hypothekenzinsen...weiter zu bezahlen...Jedenfalls sitzen Sie, Herr X, in meinem Haus, und ich habe nach der Auffassung deutscher Richter die Zinsen zu zahlen.“ So beginnt der Brief des jüdischen Autors Lion Feuchtwanger „an den Bewohner meines Hauses Mahlerstraße 8 in Berlin“. Das Pariser Tageblatt druckte den Text am 20. März 1935 ab. Der Brief ist Teil der Ausstellung „Der Offene Brief. Kämpferische Post von Luther bis Grass“, die noch bis zum 3. Februar im Museum für Kommunikation in Frankfurt läuft.

Feuchtwangers Offener Brief ist einer von insgesamt 29, die jeweils mit einem erläuternden Kommentar in dem Buch „Wer schweigt, wird schuldig!“ enthalten sind. Das

Schriftstück ist nicht nur ein eindrucksvolles Dokument der Zeitgeschichte, sondern es demonstriert auch, wie der Autor mit einem vermeintlich persönlichen Brief sprachlich elegant die Nazi-Behörden verspottet. Ironisch fragt er den neuen Hausbesitzer „Wie gefällt Ihnen mein Haus, Herr X? Lebt es sich angenehm darin? Hat der silbergraue Teppichbelag der oberen Räume bei der Plünderung durch die SA-Leute sehr gelitten?“ Nur vordergründig sorgt sich Feuchtwanger um seinen silbergrauen Teppich, in Wirklichkeit will er auf die brutalen Methoden der SA aufmerksam machen. „Gerade diese doppelte Form der Adressierung finde ich sehr spannend: Einerseits spricht Feuchtwanger in dem Brief jemanden persönlich an, gleichzeitig wird das Schriftstück der Öffentlichkeit zugänglich gemacht und macht so die Enteignungspolitik der Nazis publik. Die Tatsache, dass Feuchtwanger den Brief an einen ‚Herrn X‘ richtet, dessen Namen er nicht kennt, reduziert für mich nicht seine Wirkung“, sagt Museumsdirektor Helmut Gold.

Die Ausstellung konzentriert sich auf Literatur und Politik, nur ein Beispiel kommt aus der Wirtschaft: Es ist ein Brief der Firma Microsoft an ihre Nutzer. Eines der spektakulären Beispiele ist der öffentliche Brief von ▶

► „FAZ“-Herausgeber Frank Schirrmacher an den Schriftsteller Martin Walser anlässlich seines Romans „Tod eines Kritikers“. In dem Brief wirft Schirrmacher Walser Antisemitismus vor. Wegen des öffentlich bekannten engen Verhältnisses zwischen Schirrmacher und Walser liest sich das sechsmalige ‚Lieber Herr Walser‘ und ‚Lieber Martin Walser‘ nach Meinung der Macher der Ausstellung und Buchautoren besonders „ironisch und bitter“.

Was macht den Offenen Brief aus?

Richard Schütze, Kommunikationsberater und Geschäftsführer von Richard Schütze Consult in Berlin, hält die Anrede für ein entscheidendes Element, das viel über das Verhältnis zwischen Absender und Adressaten aussagt. „Formulierungen wie ‚Hoch verehrter Herr Schröder‘ sind meist sarkastisch-höhnisch gemeint, ‚Meine liebe Frau Merkel‘ hat für mich etwas Vereinnahmendes. Der Absender nimmt den Adressaten kommunikationspsychologisch in den Schwitzkasten“, ordnet der 52-Jährige ein. Rechtliche Konsequenzen für eine geschmacklose Anrede hatte einst der heutige SPD-Europaabgeordnete Jo Leinen, früher Wortführer der Anti-Atomkraftbewegung, zu tragen. Er sprach einen behinderten Mitarbeiter des Ordnungsamts Itzehoe, der mit der Brokdorf-Demonstration befasst war, mit „Schwer versehrter Herr“ an. Genau diesen Vorfall griff übrigens der frühere schleswig-holsteinische Ministerpräsident Uwe Barschel in einem Leserbrief vom 29. März 1982 an das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ auf. Barschel kritisiert darin einen „Spiegel“-Artikel, weil dieser verschweige, dass Leinen aus diesem Grund wegen Beleidigung angeklagt wird. Keine Anrede, aber trotzdem vielsagend an Barschels Brief ist wiederum, wie er über Leinen spricht. „Am 28. Februar 1981 waren etwa 50.000 Menschen dem Aufruf des Herrn Josef Leinen...gefolgt...“ Die Formulierung „Aufruf des Herrn Josef Leinen“ klingt über die Maßen bürokratisch und schafft bewusst Distanz zwischen Absender und Leinen.

Fehlen in einem öffentlichen Schriftstück Anrede und Unterschrift, ist es für Schütze kein Brief mehr, sondern „nur noch“ ein Flugblatt, ein Plakat oder ein Pamphlet (Schmähschrift), das dadurch an Wirkung einbüßt. Für Thorsten Hofmann, Geschäftsführer der Unternehmensberatung PRGS in Berlin, ist das eine Formalie. „Ich verstehe unter einem Offenen Brief auch ein an eine Person oder ein Unternehmen gerichtetes öffentliches Statement, um einen abgebrochenen Dialog wiederaufzunehmen oder aber das Gegenüber öffentlich als nicht dialogbereit darzustellen, nach dem Motto: ‚Wir würden ja, aber der andere will nicht‘“, sagt der 38-Jährige.

Beispiel: Eine von der Bahn anlässlich der Tarifaueinsetzungen mit der Gewerkschaft der Lokomotivführer (GDL) geschaltete Anzeige richtete sich mit der Überschrift „Stoppen Sie diesen Wahnsinn, Herr Schell“ direkt an den GDL-Chef und forderte ihn auf: „Unser Angebot steht. Verhandeln Sie endlich darüber, Herr Schell.“ Interessanterweise bezeichnet ein Bahnsprecher auf Anfrage des PR Report diese Anzeige nicht als „Offenen Brief“, will sich aber zu diesem Thema nicht weiter äußern. Für Hofmann spielt die Frage, ob Brief oder nicht, keine große Rolle, die kommunikative Absicht ist für ihn klar: „Schon mit dem ersten Satz macht die Bahn ja Herrn Schell für den ‚Wahnsinn‘ verantwortlich. Wenn ich einen echten Dialog führen will, ist diese Formulierung nicht zielführend, wohl aber, wenn ich auf den Adressaten öffentlich Druck ausüben will oder mich selbst von dem Vorwurf, nicht verhandeln zu wollen, reinwaschen möchte.“ Offene Briefe haben für den Krisenspezialisten, der auch als Projektleiter am Institute Political & Crisis Management der Steinbeishochschule arbeitet, durchaus etwas „Scheinheiliges“. „Unabhängig von der Faktenlage nehmen Verbraucher, Politiker und Journalisten die Deutsche Bahn und die Gewerkschaft der Lokomotivführer als zwei engstirnige Streithammel wahr, die nicht in der Lage sind sich wie normale Menschen zu einigen“, findet Hofmann.



„Für Dritte ist es spannend zu lesen, was einer dem anderen in einem Brief schreibt, wenn man als Mitleser anonym bleibt.“

Richard Schütze,
Consult GmbH,
Berlin

Nicht nur Konzerne, auch Umweltverbände, Verbraucherschützer und Gegner von Mobilfunkmasten setzen auf das Instrument des Offenen Briefs. „Was früher das Flugblatt war, ist heute der Offene Brief. Das Wir-unten-ih-er-da-oben entfaltet als öffentlich abgedruckter Brief in einem Medium, sei es auf Papier oder im Internet, eine ungemein größere Aufmerksamkeit als ein in der Fußgängerzone verteiltes Stück Papier“, meint Schütze. Gerade was Offene Briefe angeht, hat das Internet zu mehr Waffengleichheit zwischen Unternehmen und staatlichen Organisationen und finanziell weniger gut ausgestatteten Interessenverbänden und Nichtregierungsorganisationen beigetragen. Ein gutes Beispiel sind auch die so genannten Urgent Actions (Eilaktionen) der Menschenrechtsorganisation Amnesty International (AI). AI veröffentlicht im Internet Briefvorlagen bis hin zur korrekten Anrede, die jeder nutzen kann, um direkt per E-Mail oder Brief die Freilassung gewaltloser politischer Gefangener von der jeweiligen Regierung zu fordern.

Der Nachteil der Pressemitteilung

Schütze erkennt in klassischen Protestbriefen, in denen der Absender eine Forderung an eine öffentliche Person stellt, zumeist ein Muster: 1. Der Absender beschreibt die Fakten, wie er sie sieht. 2. Er beschreibt die aus seiner Sicht entstehenden Konsequenzen, wenn sich nichts ändert. 3. Der Absender droht mit eigenen weiteren Konsequenzen und kündigt an, was er tut, wenn der Adressat nichts ändert. 4. Es folgt eine abschließende Forderung oder ein Appell, dieses oder jenes zu ändern, meist verbunden mit einer Frist „endlich“, „unverzüglich“ oder „schnell“. Insbesondere, wenn der Absender deutlich weniger prominent oder mächtig ist als der Adressat, dient der Brief dazu Nähe herzustellen. „Er stellt beide auf eine gleiche Ebene, obwohl sie es gar nicht sind“, erläutert Schütze. Natürlich könnte der Absender die Informationen auch per Pressemitteilung veröffentlichen. Doch dann würde die Beziehungsebene zwischen Absender und Adressat verlo-

ren gehen. Zudem ist ein Brief normalerweise verschlossen, verklebt, sein Inhalt ist per Grundgesetz geschützt. „Daher ist es ja für Dritte besonders spannend zu lesen, was einer dem anderen in einem Brief schreibt, wenn man als Mitleser anonym bleibt. Das ist vergleichbar mit der BCC-Zeile in einer E-Mail“, glaubt Schütze. Bei einem brisant formulierten Offenen Brief ist die Wahrscheinlichkeit höher, dass eine Redaktion den Text in weiten Passagen veröffentlicht, bei einer Pressemitteilung würde jeder Journalist wahrscheinlich nur einzelne Statements übernehmen und auf weitere Quellen zugreifen, auch auf die eines Kontrahenten. Genau dies macht den Charme eines Offenen Briefes aus. Eins will sein Absender jedenfalls nicht: In einen intimen Dialog mit dem Adressaten eintreten.

Fast schon in Mode sind öffentliche Entschuldigungen von Unternehmen per Anzeige, sei es für den Verfall von Aktienkursen, Umweltsünden oder Unfälle. Schütze

schätzt, dass rund die Hälfte aller Offenen Briefe Entschuldigungsbriefe sind, wobei es hier den Begriff der Entschuldigung zu relativieren gilt. Wer glaubt, es handle sich um eine emotionale Geste, liegt falsch, öffentliche Entschuldigungen haben in der Regel einen rein strategischen Hintergrund. Ob und wie eine öffentliche Entschuldigung überhaupt stattfindet, entscheidet nicht der Vorstand, sondern tatsächlich die Rechtsabteilung. „In jedem Fall muss ein Unternehmen vermeiden, dass eine in einem Offenen Brief verfasste Entschuldigung juristisch zu einem Schuldeingeständnis wird“, betont Jurist Schütze. So schaltete der Energiekonzern Vattenfall anlässlich der „Ereignisse der letzten Zeit“ bundesweit Anzeigen, in denen der Konzern zugibt, „nicht offen und umfassend genug informiert“ zu haben und verspricht, dies in Zukunft „besser“ zu machen. Bei den Ereignissen handelte es sich unter anderem um einen Kurzschluss, der am 28. Juni 2007 ein Feuer in einem Transformator im

„Ein Offener Brief ist auch ein Statement, um einen abgebrochenen Dialog wiederaufzunehmen oder aber das Gegenüber öffentlich als nicht dialogbereit darzustellen.“

Thorsten Hofmann,
PRGS, Berlin

Kernkraftwerk Krümmel auslöste. In dem als Anzeige geschalteten Brief lautete die Anrede „Sehr geehrte Leserinnen und Leser“, unterzeichnet ist der Brief mit Hans-Jürgen Cramer, Sprecher des Vorstands der Vattenfall Europe AG. Für Hofmann klingt der Brief zu unpersönlich. „Die Anzeige wurde bundesweit in Tageszeitungen geschaltet, da hätte ich eine persönlichere und regionale Anrede wie ‚Liebe Hamburgerinnen und liebe Hamburger‘ besser gefunden. Schließlich waren gerade die Einwohner im norddeutschen Raum sicherlich mehr betroffen als beispielsweise die Münchner. Zudem hätte der Anzeige sicherlich ein Foto des Vorstandssprechers gut getan“, meint der Berliner Krisenexperte. Für ihn sei diese Anzeige lediglich eine „halbherzige Entschuldigung mit Hintertürchen“. Hofmann: „Diese Anzeige hat viel Geld gekostet und es bleibt für mich die Frage, wie sinnvoll diese Kampagne unter dem Aspekt Preis-Leistungs-Verhältnis wirklich war.“

PMG • Presse-Monitor®



Gerne stehen wir Ihnen für weiterführende Beratungsdienstleistungen und Informationen über Zusatzanalysen zur Verfügung.

Die elektronische Medienanalyse: Medien-Monitoring mit Tiefgang

► Es gibt Dinge, die Sie wissen müssen: War die Berichterstattung über uns positiv oder negativ? Oder welche Wirkung hatte die Pressemitteilung? Die PMG bietet Ihnen mit der elektronischen Medienanalyse die Möglichkeit, Ihre Pressearbeit sehr präzise auszurichten. Dazu gehören u. a. Bestandsaufnahmen der Medienpräsenz, Langzeitstudien, Mitbewerberbenchmarks, Akteurs- und Issuesanalysen.

Infos unter: www.presse-monitor.de oder rufen Sie an: (030) 2 84 93-0